

13. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur Errichtung einer Schulsporthalle im Zusammenhang mit dem Neubau der Grundschule als Erweiterung des Schulzentrums Fürstenwalde
Beschlussvorlage: 040/2023/1
14. Beratung und Beschlussfassung: Implementierung eines Energiemanagementsystems für die Liegenschaften des Landkreises Oder-Spree
Beschlussvorlage: 045/2023
15. Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Auszahlungen für Bauleistungen für die Errichtung der Rettungszentrale Freienbrink
Beschlussvorlage: 033/2023
16. Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung nach § 58 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf)
Weitere Finanzierung der Straßenbaumaßnahme K 6744, Abschnitt 020, OD Reichenwalde
Beschlussvorlage: 034/2023
17. Beratung und Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf)
Zur Sicherung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen
Beschlussvorlage: 037/2023
18. Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen
Beschlussvorlage: 047/2023
19. Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten für heilpädagogische Leistungen - Frühförderung
Beschlussvorlage: 048/2023
20. Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche
Beschlussvorlage: 055/2023
21. Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Haushaltsausgaben zur Rückzahlung von Landesmitteln für Leistungen der Hilfe zur Pflege aus dem Jahr 2022
Beschlussvorlage: 049/2023
22. Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2022
Beschlussvorlage: 035/2023

23. Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2022
Beschlussvorlage: 036/2023
24. Beratung und Beschlussfassung: Beschluss der Satzung über den Kostenersatz für Brandverhütungsschauen
Beschlussvorlage: 050/2023
25. Beratung und Beschlussfassung: Beschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit dem Landkreis Dahme-Spreewald
Beschlussvorlage: 051/2023
26. Beratung und Beschlussfassung: Patronatserklärung für die Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH zur Besicherung von Krediten für die Einrichtung einer Rettungswache in Erkner und Zwischenfinanzierung über einen Zeitraum von 50 Jahren
Beschlussvorlage: 056/2023
27. Beratung und Beschlussfassung: Wahlprüfungsentscheidung zur unmittelbaren Wahl des Landrates des Landkreises Oder-Spree (Hauptwahl am 23. April 2023 und Stichwahl am 14. Mai 2023)
Beschlussvorlage: 041/2023
28. Beratung und Beschlussfassung: Wahl des Kreistages am 09. Juni 2024 - Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise und deren Abgrenzung
Beschlussvorlage: 042/2023/1
29. Beratung und Beschlussfassung: Berufung der Kreiswahlleiterin bzw. des Kreiswahlleiters und der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters für die Wahl des Kreistages am 09. Juni 2024
Beschlussvorlage: 043/2023
30. Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2023
Beschlussvorlage: 038/2023
31. Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2022
Beschlussvorlage: 039/2023
32. Beratung und Beschlussfassung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2024
Beschlussvorlage: 032/2023
33. Veränderungen in den Ausschüssen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2023 - nichtöffentlicher Teil
2. Beratung und Beschlussfassung: Aufgabenübertragung als Leiter des Jobcenters
Beschlussvorlage: 053/2023
3. Beschluss über den Erwerb eines Grundstücks für Zwecke des Katastrophenschutzes
Beschlussvorlage: 052/2023

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden.
Es folgt eine Gedenkminute für die Opfer der kürzlich stattgefundenen und zu verurteilenden Terroroperation gegen Israel.

Herr Dr. Berger heißt den neuen Landrat Herrn Frank Steffen zu seiner ersten Kreistagssitzung willkommen und überreicht ihm einen Blumenstrauß.
Herr Steffen bedankt sich und meint, dass er einer gemeinsamen Zusammenarbeit positiv entgegen sehe.

Der Vorsitzende eröffnet nun die 26. Sitzung des Kreistages und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.
Er weist daraufhin, dass Online-Teilnehmer, die nicht zu sehen sind bzw. ihr Bild ausschalten, als nicht anwesend gelten.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorlägen.

Herr Losensky begründet die Dringlichkeit des Antrages 18/FDP/BJA/BVFO+CDU/2023.
In Kürze stünde ein Gespräch zwischen dem Landrat und dem Verbandsvorsitzenden des Wasserverbandes Straußberg-Erkner an. Es ginge um die ablehnende Haltung für den Bau der Schule in Schöneiche bzw. in Erkner. Der Verband verweigere die Zusage und deshalb sei dem Landrat durch den Dringlichkeitsantrag Rückhalt zu gebieten. Da Planungssicherheit benötigt würde, müsse das Problem kurzfristig geklärt werden.

Der Kreistag stimmt über die Dringlichkeit des Antrages ab.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 3 Enthaltung 7

Herr Dr. Berger verkündet, dass der Antrag 18/FDP/BJA/BVFO+CDU/2023 zu TOP 7 würde.

Nun begründet Herr Schroeder den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion.
Es bestünde ein Interessenkonflikt in der Verwaltung, der noch nicht aufgelöst worden sei und keine Bestrebungen dazu erfolgen würden, diesen aufzulösen.

Herr Steffen entgegnet, dass der Interessenkonflikt bereits aufgelöst sei und die Amtsleiterin des ehemaligen Amtes für Personal und Organisation zum 01.12.2023 in die Verwaltung des Landkreises Dahme-Spreewald wechseln würde.

Daraufhin wird der Antrag von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Der Kreistagsvorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

einstimmig zugestimmt

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 2

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2023 - öffentlicher Teil

Herr Dr. Berger stellt fest, dass keine Einwände zu der Niederschrift vom 28.06.2023 – öffentlicher Teil – vorlägen, sodass er um Bestätigung bittet.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 2

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen vorgetragen.

Herr Dr. Berger berichtet über den aktuellen Stand zum Thema Schülerspezialverkehr, welches in der Einwohnerfragestunde am 28.06.2023 eingebracht wurde. Es hätte mehrere Besprechungen mit den betroffenen Eltern gegeben, wie deren Kinder zum Gauß Gymnasium in Frankfurt (Oder) kommen würden. Nun arbeite das Schulverwaltungsamt daran, ob es möglich wäre, dass ein Zubringerdienst bis nach Frankfurt (Oder) oder bloß nach Fürstenwalde/Spree fahren würde. Die finale Entscheidung würde mit den Eltern im Dezember 2023 getroffen.

Der TOP kann geschlossen werden.

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Der Landrat, Herr Steffen, trägt den Geschäftsbericht vor. (Anlage 2)

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass einige Anfragen schon schriftlich beantwortet seien. Alle Anfragen könnten auch im Bürger- und Ratsinformationssystem des Landkreises unter TOP 6 nachgelesen werden. (Anlagen 3 – 8 dieser Niederschrift)

Zwei Anfragen seien aber noch unbeantwortet.

Herr Dr. Berger übergibt das Wort an Herrn Buhrke, der kurz auf die Anfrage der CDU-Fraktion zu der kostenpflichtigen Nutzung der Schulparkplätze der kreisangehörigen Schulen ab dem 01.01.2024 eingeht. Auf Bitte von Herrn Luhn wird eine schriftliche Beantwortung der Fragen nachgereicht. (Anlage 6)

Herr Buhrke erwähnt ebenfalls, dass die Beantwortung der Anfrage von Herrn Fachtan schriftlich ergehen werde, weil dieser heute nicht anwesend sei. (Anlage 3)

Ergänzungen gibt es nicht, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

**Zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung: Aufnahme Verhandlungen mit dem Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) und dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung
Vorlage: 18/FDP/BJA/BVFO+CDU/2023/1**

Herrn Losensky, Fraktionsvorsitzender der FDP/BJA/BVFO, wird das Wort erteilt. Seine Fraktion und die CDU-Fraktion würden Altersarmut durch Bildung bekämpfen wollen und nicht durch finanzielle Mittel, wenn es zu spät sei.

Herr Dr. Zeschmann verkündet, dass es einen Satzungsentwurf dazu gäbe, wie kurzfristig bei Problemen bzgl. der Wasserversorgung in sozialen Einrichtungen Wasser zur Verfügung gestellt werden könnte. Beteiligte Städte und Gemeinden hätten z. T. alte Bebauungspläne, die nie umgesetzt worden seien. Dafür habe der Wasserverband Wassermengen „geparkt“. Diese B-Pläne sollen zurückgenommen werden. Sofern ausreichend Wassermengen vorhanden wären, würden alle Städte und Gemeinden für ihre Schulbauten die entsprechenden Wassergenehmigungen erhalten. Der Antrag sei nicht zielführend, weil er einen falschen Eindruck vermittele. Das Problem würde weiterhin beim Landesamt für Umwelt liegen, das drei Anträge auf Erhöhung der Fördermengen nicht genehmigte.

Frau Scheufele verkündet den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Anpassung des Beschlussvorschlages.

Herr Losensky kommt mit dem Vorsitzenden überein, dass die FDP/BJA/BVFO den Änderungsvorschlag zu eigen macht. Er fragt Herrn Dr. Zeschmann wieso ein zusätzlicher Wasserbedarf notwendig ist.

Herr Dr. Pech ist der Meinung, dass der Antrag nicht dringend sei. Genehmigte Wasserfördermengen seien begrenzt und ausgeschöpft. Diese könnten nur schwierig erhöht werden. Das Problem sei weder durch den Landrat, noch den Wasserverband Straußberg-Erkner lösbar. Er stimmt zu, dass das Land Brandenburg zuständig sei.

Herr Dr. Zeschmann erklärt den erhöhten Wasserbedarf. Zum einen müsse ein neuer B-Plan verabschiedet werden, zum anderen würde die Gesamtschule größer werden als die Oberschule. Er befürwortet zudem den Vorschlag von Frau Scheufele, einen externen Mediator hinzuzuziehen.

Herr Heisel widerspricht dem und betont, dass es um einen Prüfauftrag ginge und es sich um ein physikalisch-geologisches Problem handele. Er bittet den Landrat in mehrere Richtungen zu prüfen und zu hinterfragen, auch im Hinblick auf den Tesla-Wirtschaftsstandort. Es gäbe einen Widerspruch in den Unterlagen und neue Wasserbedarfe seien nicht eingeplant worden.

Daraufhin entgegnet Herr Schroeder, dass Tesla derzeit ca. ein Fünftel seiner genehmigten Wassermenge nutze. Demnach könne dies nicht der Grund für den Wassermangel sein. Das Wasserverbandsgebiet nutze nicht einmal 80% von der genehmigten Menge. Zudem seien in den Genehmigungen Bedarfe auch doppelt berechnet worden. Es müssten einige Korrekturen vorgenommen werden.

Herr Hamacher widerspricht Herrn Schroeder.

Herr Dr. Berger befürwortet den Vorschlag der externen Moderation.

Der Landrat legt dar, dass dringend neue Schulbauten wohnortnah für die Kinder benötigt würden. Er bestätigt, dass hierfür nach Lösungen gesucht werden müsse, um möglichst geringe Wassermengen zu verbrauchen.

Weitere Redebeiträge werden nicht vorgebracht. Der Vorsitzende lässt über das Ende der Debatte abstimmen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 4 Enthaltung 5

Nun wird über den Antrag, der den Änderungsvorschlag der Bündnis 90/Die Grünen enthält, abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen, dass der Landrat mit dem Wasserverband Straußberg-Erkner (WSE) und dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung Herrn Pilz Verhandlungen aufnimmt, mit dem Ziel, alle wasserrechtlichen Voraussetzungen zu prüfen, damit die dringend notwendigen Bildungseinrichtungen im Einzugsgebiet des WSE schnellstmöglich gebaut werden können.

Ergänzung:

Darüber hinaus sollen gemeinsam mit dem Landkreis MOL und den Verbandsgemeinden sowie der Landesebene unter externer Moderation Lösungen für das nachhaltige Management in der Siedlungswasserwirtschaft erarbeitet werden.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 5 Enthaltung 8

Zu TOP 8 Einbringung Planentwurf für das Haushaltsjahr 2024

Herr Buhrke ergreift das Wort um den Haushaltsplanentwurf für 2024 zur Beratung und Beschlussfassung in den Kreistag einzubringen. Die Einzelheiten würden in den Beratungen der Ausschüsse besprochen. Der Planentwurf könne auf der Homepage des Landkreises Oder-Spree eingesehen werden.

Der vom Landrat festgestellte Planentwurf für das Haushaltsjahr 2024 sei in Erträgen und Aufwendungen nicht ausgeglichen. Das Haushaltsvolumen hätte gegenüber dem Vorjahr erheblich in ordentlichen Erträgen zugenommen. Unter Einbezug der außerordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen ergäbe sich ein Defizit von über rund 16.000.000,00 €, was zunächst aus der Rücklage ausgeglichen werden müsse.

Die Aufwendungen seien stärker gestiegen als die Erträge. Deshalb würden die Herausforderungen an die Haushaltsplanung, insbesondere im Finanzplanungszeitraum in den folgenden drei Jahren, steigen.

Krisenerscheinungen seien ein fester Begleiter geworden. Nachdem die Corona-Pandemie und ASP in den letzten Jahren erheblichen Einfluss auf die Haushaltsplanung genommen hätten, sei mit dem Krieg in der Ukraine - mit allen Auswirkungen auf die Versorgungslage, Preisentwicklungen und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen - keine Stabilisierung der Situation eingetreten. Es hätte im Gegenteil die Ungewissheit zugenommen.

Im Vorfeld seien bereits in erheblichem Umfang überplanmäßige Ausgaben bewilligt worden. Direkte und indirekte Kostensteigerungen im Kreishaushalt führten dadurch letztlich zu dieser Haushaltslage und dem defizitären Ergebnis.

Zuwächse bei Personal- und Sachaufwendungen könnten nicht alle durch staatliche Eingriffe ausgeglichen werden. Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Beteiligungen sei frühzeitig bei der Haushaltsplanung einbezogen worden. Es seien weniger Reserven eingeplant und das Defizit bereits gesenkt worden. Resultierende Abweichungen könnten zu weiteren überplanmäßigen Ausgaben führen. Die Kreisumlage sollte möglichst, gegenüber dem Vorjahr, nicht angepasst werden.

In dem vorliegenden Haushalt sei die Kreisumlage belassen worden. Entgegen der vorherigen Beschlüsse zur Finanzplanung, die eigentlich eine Anhebung für dieses Jahr um 37% schon als Bestandteil des Haushaltsplanes 2023 und den folgenden Planungsjahren vorgesehen hätten. Herr Buhrke unterstreicht, dass diese Änderung auch bedeutet, dass das Defizit um einen Prozentpunkt ungünstiger ausfiele. Denn in den 16.000.000,00 € stecke dieser Verzicht auf Erträge bereits mit drin. Umgekehrt wäre das Defizit um 2.500.000,00 € geringer, wenn die Kreisumlage erhöht würde. Dies stelle für die zukünftigen Haushaltsplanungen eine weitere Belastung dar.

Wenn die Erträge nicht angepasst werden könnten, dann müsse man sich letztlich die Aufwendungen kritischer anschauen und über Einsparungen diskutieren.

Der Landkreis wird trotz Beibehaltung des Hebesatzes in absoluten Zahlen mehr Einnahmen aus der Kreisumlage generieren, da die Einnahmen nicht nur beim Landkreis gestiegen sind, sondern auch die Schlüsselzuweisungen für die Einnahmen der Gemeinden.

Es sind noch nicht alle Haushalte eingebracht, aber der Landkreis Oder-Spree wird mit dieser Kreisumlage eine der niedrigsten im Land Brandenburg haben. Dies sende im kreisangehörigen Raum gute Signale.

Der Haushaltsausgleich kann unecht dargestellt werden. Einer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedürfe der Landkreis nicht. Er könne unmittelbar nach Beschluss im nächsten Kreistag am 06.12.2023 in Kraft treten.

Die Ausgangslage habe sich nicht grundsätzlich geändert. Angesichts der beabsichtigten Vorhaben im Investitionsbereich wäre es immer notwendig ab einem gewissen Zeitraum Investitionsvorhaben durch Aufnahme von Krediten zu finanzieren.

Die Aufnahme eines jeden Kredites setze den Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit gegenüber der Aufsichtsbehörde voraus. Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde sei für die Kreditaufnahme zwingend erforderlich. Den Nachweis könne man nur erbringen, wenn man einen in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne.

Sonst würde man die Genehmigung nicht erhalten können und damit die entsprechende Investition oder die Durchführung verzögern und erschweren.

Der Zeitraum zur Erreichung eines echten Haushaltsausgleichs, durch die genannten Rahmendaten, schrumpfe erheblich. Demnach müsse man spätestens beim Haushalt 2026 bzw. 2027, nach bisheriger Planung, zu einem Haushaltsausgleich in der Lage sein, um Kredite aufnehmen zu können. Auch in den Folgejahren würde der Landkreis Defizite aufweisen, sodass die Aufgabe bliebe, weiterhin durch entsprechende Anpassungen einzusparen. Einsparungen bedeuteten Verzicht.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 9 Beratung und Beschlussfassung: Haushaltsplanung 2024 Vorlage: 16/Drei Fraktionen/2023/1

Der Vorsitzende teilt mit, dass Änderungen zum Antrag 16/Drei Fraktionen/2023 vorgenommen wurden und eine Stellungnahme vom Dezernat IV, Ländliche Entwicklung/Kreisentwicklung vorliege.

Herr Losensky erklärt zum Punkt 2, dass durch den Prüfauftrag an den Landrat bestimmte Ressourcen erkannt werden sollen und kosteneinsparend u.a. für das Jahr 2024 gearbeitet werden könne. Des Weiteren lobt er die konstruktiven Hinweise seitens der Verwaltung, die er erhalten habe. Anfang Dezember würden er, die Vorsitzenden des Ausschusses für Bauen/Ordnung/Umwelt und Bildung/Kultur/Sport sowie die Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes, Amt für Infrastruktur und Gebäudemanagement und dem Finanzbereich eine Beratung abhalten.

Herr Dr. Berger gibt zu bedenken, dass es eine Haushaltsklausur im November gäbe, zu der alle Kreistagsmitglieder eingeladen seien.

Herr Losensky betont, dass seine angesprochene Beratung regelmäßig viertel- oder halbjährlich stattfinden solle.

Herr Dr. Zeschmann merkt an, dass der Antrag Leitlinien für die Haushaltsdiskussion hätte darstellen sollen und stimmt den vorangegangenen Ausführungen von Herrn Buhrke zu. Ebenfalls befürwortet er die vorliegende Stellungnahme. Er schlägt bei Punkt 2.a) vor, den Kreisstrukturfonds mind. für 2024 auszusetzen, da keine bzw. zu niedrige Überschüsse aus Einnahmen der Kreisumlage vorhanden seien um diese an die Gemeinden zurück zu verteilen. Wenn Überschüsse vorhanden wären, dann sollten diese für die dringend benötigten Schulbauten verwendet werden. Zu Punkt 2.b) sagt er, dass der Zuschuss für die Schulsozialarbeiter nicht gekürzt werden dürfe, einerseits wegen rechtlicher Bindungen und andererseits aufgrund der schwierigen Situationen an den Grundschulen. Die präventive Wirkung sei nicht zu unterschätzen. Zum Punkt 2.g) schlägt Herr Dr. Zeschmann den Änderungsantrag vor: „Es soll ein Personalentwicklungsplan orientiert an den Vergleichszahlen der KGSt und Bertelsmann Stiftung erarbeitet werden.“ Er beantragt, dass über die Punkte 2.a)-g) einzeln abgestimmt würde.

Herr Dr. Pech verkündet, dass er den gesamten Antrag für nicht zustimmungsfähig halte. Er widerspricht Herrn Dr. Zeschmann in Bezug auf den Kreisstrukturfonds. Er spricht sich gegen die Reduktion aus.

Er diskutiert die freiwilligen und pflichtigen Aufgaben des Kreisentwicklungsamtes. Schließlich stimmt er Herrn Dr. Zeschmann in Sachen Zuschuss für Schulsozialarbeiter zu.

Herr Umbreit beantragt, diesen Antrag in den Haushalts- und Finanzausschuss zurück zu verweisen. Weiterhin stimme die SPD-Fraktion dem Punkt 2.b) nicht zu.

Frau Scheufele schlägt vor, nur über Punkt 1 abzustimmen.

Herr Schroeder widerspricht Herrn Dr. Pech und Frau Scheufele.

Der Landrat geht auf Herrn Dr. Zeschmanns Redebeitrag zu Punkt 2.c) ein. Es solle nach optimierbaren Möglichkeiten geschaut werden. Auch zum Beispiel dort, wo verschiedene Belastungen bzgl. dem Personal vorherrschen. Er gesteht zu, dass die Verwaltung selbstverständlich die genannten Punkte prüfen könne.

Herr Buhrke stimmt dem Landrat zu sowie den eingebrachten Vorschlägen zu weiteren gemeinsamen Beratungen.

Herr Dr. Stiller stellt einen Geschäftsordnungsantrag, um die Debatte zu beenden und stimmt Herrn Umbreits Vorschlag zu, den Antrag an den Haushalts- und Finanzausschuss zurück zu verweisen.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, ob die Debatte beendet werden solle.

mehrheitlich zugestimmt
Nein 3 Enthaltung 1

Herr Dr. Berger schließt somit die Rednerliste und lässt über den Verweis des Antrages an den Haushalts- und Finanzausschuss abstimmen.

zurückverwiesen
Nein 8 Enthaltung 7

**Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung: Errichtung von Unterkünften für die Unterbringung von dem Landkreis zugewiesenen geflüchteten Personen in Schöneiche bei Berlin
Vorlage: 17/DIE LINKE/2023**

Herr Dr. Pech ergreift im Namen seiner Fraktion das Wort, dem Einreicher dieses Antrages. Er erläutert die Gründe für den Antrag. Ebenso prangert er an, dass sich diverse Bauvorhaben schon lange verzögerten. Es handele sich um eine nochmalige Aufforderung zum Einleiten der erforderlichen Schritte.

Herr Papendieck befürwortet den Antrag sehr. Er fügt hinzu, dass außerdem Wohnungen im berlinnahen Raum immer auch wirtschaftlich nachhaltige Investitionen seien.

Herr Schaller möchte wissen, welchen Handlungsbedarf der Landrat ab Januar 2024 sähe. Seine zweite Frage ist, inwieweit der Antrag durch den Kreistag beschließbar wäre und ob es sich nicht stattdessen um eine ausschließliche Kompetenz des Landrates handele. Als Drittes bittet er Herrn Steffen nach mehr Informationen zu den gesonderten Hilfen.

Herr Dr. Zeschmann fragt unterdessen, ob ein solcher Beschluss notwendig sei.

Der Landrat geht auf die vorherigen Fragen ein. Ab dem 01.01.2024 gäbe es ein neues Aufnahmesoll. Der Landkreis müsse Unterkünfte zur Verfügung stellen und benötige dafür weitere Kapazitäten, weil nicht davon auszugehen sei, dass der Bedarf zeitnah wegfallen würde. Er gestattet sich die Anmerkung, dass es sich um eine pflichtige Aufgabe mit örtlichem Gestaltungsspielraum handele. Danach merkt er an, dass es in den Kommunen eine unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft zur Unterbringung Geflüchteter gäbe. Es entstünden finanzielle Belastungen in den Verwaltungen. Daher unterbreitet er den Vorschlag, den engagierten Kommunen durch einen Mehrbelastungsausgleich entgegen zu kommen. Im Rahmen der Haushaltsberatung solle dies diskutiert werden. Schließlich müsse man pragmatischer handeln.

Auf die Frage, ob dies im Haushaltsplan veranschlagt sei, antwortet Herr Buhrke mit Nein. Die Vorschläge seien neu und es gäbe noch sehr viel zu diskutieren. Mit den Fachämtern seien, im Zuständigkeitsbereich des Landkreises, bereits geeignete Umsetzungsmöglichkeiten ausgelotet worden. Des Weiteren sehe man im Moment keine auskömmliche Finanzierung dafür. Es gäbe vordringliche Investitionen und solche Verzögerungen seien relativ normal.

Herr Schink ist der Meinung, dass die Finanzierungsmöglichkeiten keine Rolle spielten. Das Projekt solle nach nun drei Jahren auf den Weg gebracht werden, um es dann auch zu finalisieren. Er stimmt Herrn Papendieck zu.

Herr Dr. Zeschmann geht auf die Ausführungen von Herrn Buhrke ein. Er stimmt zu, dass bei einer Abwägung von Projekten ein besonderes Augenmerk auf die Schulen gelegt werden müsse. Er schlägt vor, den Antrag in den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Herr Beier teilt mit, dass er gegen den Antrag sei.

Herr Papendieck verdeutlicht das Problem, dass zu wenig Wohnraum zur Verfügung stehe. Er äußert sich zum Thema Wohnungsbauförderung und ruft zum Handeln auf.

Herr Dr. Pech sieht das Problem der Finanzierung auch darin begründet, dass drei Jahre lang gewartet worden sei.

Herr Hamacher fragt nach der Summe der Kosten.

Herr Schroeder unterstützt den Standpunkt von Herrn Buhrke, da der Kreistag den letzten Haushaltsplänen zugestimmt habe.

Herr Buhrke stimmt den vorherigen Ausführungen von Herrn Dr. Zeschmann und Herrn Schroeder zu. Er merkt an, dass der Kreistag über die Prioritäten von Projekten abstimme und dabei auf die gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten angewiesen sei. Er widerspricht Herrn Papendieck und weist auf die Zuständigkeit der Gemeinden hin.

Herr Dr. Berger teilt Herrn Hamacher mit, dass die Kosten sich auf über 15.000.000 € belaufen würden. Er lässt über den Verweis in den Haushalts- und Finanzausschuss abstimmen.

zurückverwiesen
Nein 11 Enthaltung 3

**Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Einführung und Beschluss der
Bedarfs- und Umsetzungsliste Investitionen Hochbau sowie Beschluss
der aktualisierten Prioritätenliste für Investitionen Straßenbau des
Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2024 bis 2027 ff
Vorlage: 046/2023**

Herr Schink möchte wissen, wie sich eine Priorität auf den im Betreff genannten Listen widerspiegele.

Herr Gehm merkt an, dass die Verwaltung lediglich Vorschläge liefere. Der Kreistag würde letztlich die Prioritäten bestimmen. Er weist auf den Unterschied zwischen der Bedarfs- und der Umsetzungsliste hin und dass man auf das Vorliegen aller Voraussetzungen angewiesen sei. Eine Priorisierung der noch nicht realisierbaren Vorhaben sei notwendig. Wenn das Planungsbudget von ca. 2.000.000 € pro Jahr aufgebraucht ist, könne auch keine weitere Planung stattfinden.

Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bestätigt die in den Anlagen ausgewiesene Prioritätensetzung und beauftragt die Verwaltung

1. die Maßnahmen auf der **Bedarfsliste für Investitionen Hochbau** (Anlage 1) entsprechend der Priorität planerisch (Bedarfsplanung bis HOAI Leistungsphase (LP) 2 Vorplanung) vorzubereiten und die dafür anfallenden Kosten im Rahmen eines allgemeinen Kontos: „Planungsbudget Hochbau bis LP2“ in die Haushaltsplanung 2024 einschl. Folgejahre aufzunehmen.
Ebenfalls wird die Kreisverwaltung mit der Schaffung der baulichen Voraussetzungen für die Maßnahmen der Bedarfsliste beauftragt in Abhängigkeit von dem zur Verfügung stehenden Finanzvolumen sowie dessen Aufnahme in die Haushaltsplanung 2024 einschl. Folgejahre.
2. die Maßnahmen auf der **Umsetzungsliste für Investitionen Hochbau** (Anlage 2) entsprechend der Priorität planerisch vorzubereiten (LP 3 - Entwurfsplanung sowie LP4 - Genehmigungsplanung) sowie in Abhängigkeit von dem für Investitionen zur Verfügung stehenden Finanzvolumen in die Haushaltsplanung 2024 und Folgejahre aufzunehmen.
3. die Maßnahmen auf der **Prioritätenliste für Investitionen Straßenbau** (Anlage 3) entsprechend der Priorität, der Schaffung baulicher Voraussetzungen und in Abhängigkeit von dem für Investitionen zur Verfügung stehenden Finanzvolumen in die Haushaltsplanung 2024 und Folgejahre aufzunehmen.

(o. g. Anlagen 1-3 gehören der Beschlussvorlage 046/2023 an)

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 7

**Zu TOP 12 Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur
Vorbereitung der Erneuerung der K 6747, Abschnitt 040, freie Strecke
Neu Stahnsdorf - L 23
Vorlage: 031/2023**

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6747, Abschnitt 040, von der Krümme OA Neu Stahnsdorf km 2,710 bis zum Anschluss an die L 23 km 3,796 auf einer Gesamtlänge von ca. 1.086 m.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 3

**Zu TOP 13 Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur Errichtung einer
Schulsporthalle im Zusammenhang mit dem Neubau der Grundschule
als Erweiterung des Schulzentrums Fürstenwalde
Vorlage: 040/2023/1**

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung und baulichen Durchführung des Neubaus einer Zwei-Feld-Schulsporthalle zu beauftragen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 14 Beratung und Beschlussfassung: Implementierung eines
Energiemanagementsystems für die Liegenschaften des Landkreises
Oder-Spree
Vorlage: 045/2023**

Herrn Winter wird das Wort erteilt. Er sei mit den Antworten zu seiner Anfrage (Anlage 5) unzufrieden. Er geht erneut auf die Personalkosten, deren Kalkulation und die Vorhabenbeschreibung ein.

Frau Scheufele begrüßt die Beschlussvorlage. Sie bringt ein, dass ein Energiemanagementsystem perspektivisch Kostenersparnisse zur Folge habe.

Herr Gehm erklärt die Situation um den Personalkostenansatz und die Fördermittelabrechnung mit den tatsächlichen Kosten.

Weitere Wortmeldungen werden nicht festgestellt, daher bittet der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Implementierung eines Energiemanagementsystems für kreiseigene Liegenschaften gemäß Anlage (Vorhabenbeschreibung).

mehrheitlich zugestimmt

Nein 8 Enthaltung 5

Zu TOP 15 Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Auszahlungen für Bauleistungen für die Errichtung der Rettungszentrale Freienbrink Vorlage: 033/2023

Es werden keine entscheidungsrelevanten Redebeiträge vorgebracht.
Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 1.007.267,40 € für das Haushaltsjahr 2023 für die Errichtung der Rettungszentrale Freienbrink.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 4

Zu TOP 16 Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung nach § 58 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) Weitere Finanzierung der Straßenbaumaßnahme K 6744, Abschnitt 020, OD Reichenwalde Vorlage: 034/2023

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gemäß § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) über die überplanmäßige Bereitstellung von 160.000,00 € zur weiteren Finanzierung der Straßenbaumaßnahme K 6744, Abschnitt 020, OD Reichenwalde

mehrheitlich zugestimmt

Nein 3 Enthaltung 2

Zu TOP 17 Beratung und Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) Zur Sicherung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen Vorlage: 037/2023

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Zur Sicherung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen stimmt der Kreistag folgenden außerplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2023 zu:

- Ertüchtigung „Haus Hoffnung“, Langewahler Straße 57, Fürstenwalde
Bedarf 400.000 Euro
- Herrichtung Haus 4 Flüchtlingsunterkunft „Am Fuchsbau“ 10, Bad Saarow, OT Petersdorf
Bedarf 350.000 Euro
- Schaffung baulicher Voraussetzungen für die Aufstellung von Containern als Flüchtlingsunterkünfte „Am Fuchsbau“ 10 Bad Saarow, OT Petersdorf
Bedarf 700.000 Euro

mehrheitlich zugestimmt

Nein 4 Enthaltung 7

**Zu TOP 18 Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen
Vorlage: 047/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in besonderen Wohnformen im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßige Transferaufwendungen in Höhe von 1.500.000,00 € (Ergebnisplan) sowie überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 1.500.000,00 € (Finanzplan) bereitzustellen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 5 Enthaltung 0

**Zu TOP 19 Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten für heilpädagogische Leistungen - Frühförderung
Vorlage: 048/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten für heilpädagogische Leistungen - Frühförderung im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßige Transferaufwendungen in Höhe von 1.300.000,00 € (Ergebnisplan) sowie überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 1.300.000,00 € (Finanzplan) bereitzustellen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 1

**Zu TOP 20 Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 055/2023**

Es werden keine für die Entscheidung relevanten Wortmeldungen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßige Transferaufwendungen in Höhe von 800.000,00 € (Ergebnisplan) sowie überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 800.000,00 € (Finanzplan) bereitzustellen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 4 Enthaltung 0

**Zu TOP 21 Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Haushaltsausgaben zur Rückzahlung von Landesmitteln für Leistungen der Hilfe zur Pflege aus dem Jahr 2022
Vorlage: 049/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt zur Rückzahlung von Landesmitteln für Leistungen der Hilfe zur Pflege aus dem Jahr 2022 im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 1.600.000,00 € (Ergebnisplan) sowie überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 1.600.000,00 € (Finanzplan) bereitzustellen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 2

**Zu TOP 22 Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2022
Vorlage: 035/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2022 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ mit Lagebericht,

2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss im hoheitlichen Betrieb in Höhe von 40.111,86 € in die Gewinnrücklagen des hoheitlichen Bereiches und den Jahresüberschuss im Betrieb gewerblicher Art in Höhe von 8.051,16 € in die Gewinnrücklage des Betriebes gewerblicher Art einzustellen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 2

**Zu TOP 23 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2022
Vorlage: 036/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2022 zu entlasten.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 3

**Zu TOP 24 Beratung und Beschlussfassung: Beschluss der Satzung über den Kostenersatz für Brandverhütungsschauen
Vorlage: 050/2023**

Herr Luhn verkündet, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmt. Dennoch habe er noch Fragen zur Erhöhung des Kostenersatzes für die Durchführung der Brandverhütungsschau, übergibt diese dem Büro Kreistag und bittet um Beantwortung. (Anlage 8)

Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Satzung über den Kostenersatz für Brandverhütungsschauen. Gleichzeitig tritt die bestehende Satzung über den Kostenersatz für die Durchführung von Brandverhütungsschauen vom 12.01.2016 außer Kraft.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 25 Beratung und Beschlussfassung: Beschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit dem Landkreis Dahme-Spreewald
Vorlage: 051/2023**

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt den Landrat mit dem Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen den Landkreisen Dahme-Spreewald und Oder-Spree mit dem Tourismusverband Dahme-Seenland e.V. (Anlage 19 ZUR Schaffung einer Personalstelle für das Projektmanagement in der Arbeitsgemeinschaft Wassertourismusinitiative Brandenburg Süd-Ost (AG WISO))

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 26 Beratung und Beschlussfassung: Patronatserklärung für die Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH zur Besicherung von Krediten für die Einrichtung einer Rettungswache in Erkner und Zwischenfinanzierung über einen Zeitraum von 50 Jahren
Vorlage: 056/2023**

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt für die Abgabe einer Patronatserklärung zur Besicherung von Krediten in Höhe bis zu 6.000.000,00 Euro, um eine Rettungswache in Erkner durch die Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH zu errichten. Die Verwaltung als alleinige Gesellschafterin wird beauftragt, eine entsprechende Erklärung abzugeben, jedoch unter dem Vorbehalt der vorherigen Genehmigung durch die Kommunalaufsicht (Mik).

Der Kreistag stimmt einer gegebenen Falls erforderlichen Zwischenfinanzierung über einen Zeitraum von 50 Jahren in einer Gesamthöhe von bis zu 2.250.000,00 Euro zu.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 27 Beratung und Beschlussfassung: Wahlprüfungsentscheidung zur unmittelbaren Wahl des Landrates des Landkreises Oder-Spree (Hauptwahl am 23. April 2023 und Stichwahl am 14. Mai 2023)
Vorlage: 041/2023**

Herr Steffen nimmt aus Befangenheitsgründen nicht an dieser Abstimmung teil.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Oder-Spree stellt fest, dass gegen die Wahl des Landrates Frank Steffen am 14. Mai 2023 keine Einwendungen vorliegen. Die Wahl des Landrates des Landkreises Oder-Spree vom 23. April 2023 und die Stichwahl vom 14. Mai 2023 sind gültig.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 3

**Zu TOP 28 Beratung und Beschlussfassung: Wahl des Kreistages am 09. Juni 2024 - Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise und deren Abgrenzung
Vorlage: 042/2023/1**

Herr Schink stellt die Aufstellung des Wahlkreises 3 in Frage, weil beispielsweise die Stadt Friedland inhaltlich nichts mit dem Amt Spreehagen zu tun habe.

Herr Buhrke erwidert, dass Wahlkreise neu gebildet werden müssten. Gemeinden dürften nur in Gesamtheit eingeteilt werden. Jetzt sei die bestmögliche Aufteilung gewählt worden, die zukunftsfähig sei und Kontinuität bei den nächsten Wahlen bieten könne.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt, für die Wahl des Kreistages Oder-Spree am 09. Juni 2024 4 Wahlkreise zu bilden.

Die Abgrenzung der Wahlkreise wird durch Zuordnung der Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter wie folgt vorgenommen.

Wahlkreis 1	Wahlkreis 2	Wahlkreis 3	Wahlkreis 4
Erkner	Fürstenwalde/Spree	Beeskow	Eisenhüttenstadt
Grünheide (Mark)	Amt Odervorland	Friedland	Amt Brieskow-Finkenheerd
Schöneiche b. B.		Rietz-Neuendorf	Amt Neuzelle
Woltersdorf		Storkow (Mark)	Amt Schlaubetal
		Tauche	
		Amt Scharmützelsee	
		Amt Spreehagen	
Einwohner 42.761 Abw. von durchschn. Bev.- zahl: - 6,04 v.H.	Einwohner 43.052 Abw. von durchschn. Bev.- zahl: - 5,41 v.H.	Einwohner 48.431 Abw. von durchschn. Bev.- zahl:+ 6,41 v.H.	Einwohner 47.802 Abw. von durchschn. Bev.- zahl: + 5,03 v.H.

Einwohnerzahl Stand: 30.04.2023

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 3

**Zu TOP 29 Beratung und Beschlussfassung: Berufung der Kreiswahlleiterin bzw. des Kreiswahlleiters und der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters für die Wahl des Kreistages am 09. Juni 2024
Vorlage: 043/2023**

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beruft Frau Christine Kinner zur Kreiswahlleiterin für die Kommunalwahlen 2024. Zur stellvertretenden Kreiswahlleiterin wird Frau Kathrin Meyer berufen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 30 Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: 038/2023

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2023 um 1,17 Millionen Euro.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 7

Zu TOP 31 Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: 039/2023

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Erhöhung der Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 um 1.466.309,44 Euro (Personalauszahlungen 1.480.641,70 Euro).

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 7

Zu TOP 32 Beratung und Beschlussfassung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2024 Vorlage: 032/2023

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2024.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 0

Zu TOP 33 Veränderungen in den Ausschüssen

Folgende Vorschläge liegen vor:

Fraktion DIE LINKE:

Herr Daniel Schulz wird auf Antrag der Fraktion DIE LINKE als sachkundiger Einwohner im Fachausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt abberufen.

Das Amt wird durch den neuberufenen sachkundigen Einwohner, Herrn Peter Engert, ausgeübt.

Fraktion BVB/Freie Wähler:

Auf Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler wird für den Sitz als stimmberechtigtes Mitglied im Fachausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt Herr Peter Winter berufen.

Frau Jeanett Seiler wird auf Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler als sachkundige Einwohnerin im Fachausschuss Soziales, Gesundheit und Migration abberufen.

Das Amt wird durch den neuberufenen sachkundigen Einwohner, Herrn Dieter Lothar Mutke, ausgeübt.

Fraktion AfD:

Herr Torsten Neumann wird auf Antrag der Fraktion AfD als stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt abberufen.

Das Amt wird durch das neuberufene stimmberechtigte Mitglied, Herrn Egon Niemack, ausgeübt.

Herr Torsten Neumann wird auf Antrag der Fraktion AfD als stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen abberufen.

Das Amt wird durch das neuberufene stimmberechtigte Mitglied, Frau Ute Bienia-Habrigh, ausgeübt.

Um Abstimmung wird gebeten.

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

Annalisa Campisano
Protokollantin

Anlagen:

Anlage 1 – Anwesenheitsliste

Anlage 2 – Geschäftsbericht des Landrates

Anlage 3 – Anfrage 1 Fachtan Dresden Haushaltssperre mit Antwort

Anlage 4 – Anfrage 2 Tierschutzkontrollen Nutztierhaltung B90-Die Grünen mit Antwort

Anlage 5 – Anfrage 3 Implementierung eines Energiemanagementsystems mit Antwort

Anlage 6 – Anfrage 4 Parkplätze CDU mit Antwort

Anlage 7 – Anfrage 5 Jobcenter CDU mit Antwort und Stellungnahme

Anlage 8 – Anfrage 6 CDU zur BV 050/2023 mit Antwort